

Europäische Parteien

Johanna Schmidt-Jevtić

Die Rechtsgrundlage für Europäische Parteien ist zum einen im Primärrecht der EU (Art. 191 EGV) verankert. Zum anderen wurde im Sekundärrecht durch die Verabschiedung des Parteienstatuts¹ die finanzielle Eigenständigkeit Europäischer Parteien und ihre Unabhängigkeit von den Fraktionen sichergestellt. Neben den traditionellen Parteien – EVP, SPE, ELDR, EGP und EFA – sind folgende Parteien seit 2004 auf europäischer Ebene anerkannt: Europäische Demokratische Partei (EDP), Allianz für ein Europa der Nationen (AEN) und Partei der Europäischen Linke (EL). Im Jahre 2006 kamen die EU-Demokraten (EU-Dem) und die Allianz der Unabhängigen Demokraten (ADI) hinzu.

Im zurückliegenden Jahr war die Debatte um die Zukunft der Verfassung ein bestimmendes Thema der Parteien. Die europafreundlichen Parteien wollten in den EU-Vertragsverhandlungen die Substanz des Verfassungsvertrags bewahrt sehen. Grundsätzlich werden die Verankerung der grundlegenden Rechte der europäischen Bürger (Grundrechtecharta) und die Stärkung der Rolle der nationalen Parlamente im EU-Institutionengefüge als wirkungsvolle Instrumente angesehen, das Bürgervertrauen in die EU zu erneuern. Parteienübergreifend wurde die politische Agenda des vergangenen Jahres neben der EU-Verfassung von den Themenkomplexen Klimawandel und Energiesicherheit dominiert. Zudem war die Stärkung der politischen Rolle und eine verbesserte Öffentlichkeitsarbeit ein zentrales Ziel aller Europäischen Parteien.

Europäische Volkspartei – EVP

Die EVP umfasst heute 47 christdemokratische, konservative und andere Mitte-Rechts-Parteien als Mitgliedsparteien sowie sechs assoziierte und 18 Beobachterparteien aus 37 Ländern. Mit dem EU-Beitritt Bulgariens und Rumäniens zum 1. Januar 2007 wuchs die Stärke der Fraktion der EVP-ED im EP auf 277 Abgeordnete. Die politische Bedeutung der größten europäischen politischen Partei zeigt sich auch in den anderen europäischen Institutionen: der Kommissionspräsident Barroso sowie acht Kommissare sind Vertreter von Mitgliedsparteien der EVP. Im Januar 2007 wurde Hans Gert Pötering zum EP-Präsidenten gewählt. Zudem stammen elf europäische Staats- und Regierungschefs aus den Reihen der konservativen Europäischen Volkspartei.

Politische Arbeitsschwerpunkte des zurückliegenden Jahres wurden auf der Konferenz „Prioritäten für ein Europa der Bürger“ am 7. Juni 2006 in Brüssel festgelegt: Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und der wirtschaftlichen Wachstumskräfte in der EU, die Sicherung und Schaffung neuer Arbeitsplätze, eine sichere, kostengünstige und umweltverträgliche Energieversorgung sowie die Gewährleistung sozialer Sicherheit.² Die EVP hat im Rahmen der Feierlichkeiten anlässlich des 50. Jahrestages der Unterzeichnung der Römischen Verträge am 24. März 2007 einen außerordentlichen Gipfel abgehalten, an dem neben dem

1 Verordnung (EG) Nr. 2004/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 04.11.2003 über die Regelungen für die politischen Parteien auf europäischer Ebene.

2 Vgl. newsletter Nr. 6, vom 26.07.2006, <http://www.epp.eu/>.

langjährigen Vorsitzenden der EVP, Wilfried Martens (CVP, Belgien) alle hohen Funktionäre ihres Parteinetzwerkes teilnahmen. In Berlin bekräftigte die EVP neben ihren angestammten politischen Positionen die Werte- und Interessengemeinschaft der EU mit den USA, die die EVP über eine enge sicherheitspolitische Zusammenarbeit hinaus in Richtung einer Transatlantischen Wirtschaftspartnerschaft intensivieren will.³

Sozialdemokratische Partei Europas – SPE

Die SPE ist die Dachorganisation von 33 Mitgliedsparteien⁴, sechs assoziierten Parteien und sieben Parteien mit Beobachterstatus. Poul Nyrup Rasmussen (SD, Dänemark) ist auf dem 7. Kongress am 7.-8. Dezember 2006 in Porto wieder zum Vorsitzenden der SPE gewählt worden. Innerhalb der europäischen Institutionen nimmt die SPE die Position der zweitstärksten Kraft ein: Sie stellt 201 Abgeordnete, sieben Kommissare sowie in sieben EU-Mitgliedstaaten die Staats- und Regierungschefs. Die Phase der organisatorischen Neuordnung wurde 2006 abgeschlossen: laut den neuen Statuten ist die SPE nun ein internationaler und gemeinnütziger Verein (aisbl).⁵

Unter dem Slogan „Neues soziales Europa“ wurde im Dezember 2005 eine Debatte unter den SPE-Mitgliedsparteien über die Modernisierung der europäischen Wohlfahrtsysteme angestoßen, deren Kernforderungen auch den politischen Dialog des zurückliegenden Jahr bestimmten.⁶ Die politischen Ambitionen folgen den Dreiklang „Wohlstand, Gleichheit, Solidarität“ und erstrecken sich von einer innovativen Wachstumspolitik, die neue Arbeitsplätze schaffen soll über die Anerkennung der Bildung als Kernressource der modernen Gesellschaften zum nachhaltigen Umgang mit der Umwelt und den Energieressourcen.⁷ Zudem strebt die SPE danach, ihren Einfluss als politischer Akteur auf der europäischen Ebene auszuweiten. Dazu soll die Koordination der sozialdemokratischen und sozialistischen Staats- und Regierungschefs verbessert werden. Schon seit längeren haben sich die Vorsitzendentreffen vor den EU-Gipfeln als wichtiger Rahmen für die großen europäischen Parteiorganisationen erwiesen.⁸

Europäische Liberale und Demokratische Reformpartei – ELDR

Seit September 2005 ist Annemie Neyts-Uyttebroeck (VLD, Belgien) Präsidentin der ELDR, die derzeit 51 Mitgliedsparteien umfasst. Seit der Europawahl 2004 bildet die ELDR zusammen mit der EDP (Europäische Demokratische Partei) die Fraktion „Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa (ALDE), die mit 103 Abgeordneten die drittstärkste Kraft des EP stellt. Zudem stammen acht Kommissare und sechs europäische

3 Vgl. Resolution vom 24.03.2007, <http://www.epp.eu/>.

4 Die Mitgliedschaft der von dem slowakischen Premierminister Robert Fico geführten Smer wurde am 12.10.2006 vom SPE-Präsidium wegen der Bildung einer Koalitionsregierung mit der extremen Nationalpartei (SNS) von Jan Slota suspendiert. Siehe Resolution http://www.pes.org/downloads/PES_resolution_on_SMER_EN.pdf.

5 7. Kongress der SPE am 07.-08.12.2006 in Porto, <http://www.pes.org/>; Die EVP und die ELDR nahmen diese rechtliche Form früher an: vgl. Außergewöhnlicher Kongress der ELDR am 30.04.2004, <http://www.eldr.org>, sowie EVP-Kongress von 31.03.2006, <http://www.epp.eu/>.

6 Vgl. Resolution „A stronger PES for a more progressive Europe. PES Report of activities 2004-2006“, <http://www.pes.org/>.

7 Vgl. Resolution „Our common European Ambitions. A Framework for PES Action 2007-2009“, <http://www.pes.org/>.

8 Schäfer, Axel: Transnationale Parteienkooperation – eine Herausforderung der Politik, in: Mittag, Jürgen (Hrsg.): Politische Parteien und europäische Integration, Essen 2006, S. 695-697, hier S. 695.

Regierungschefs aus ihren Reihen. Ihre positive Einstellung gegenüber der EU-Erweiterungspolitik stellte die ELDR auf ihren jährlichen Kongress unter Beweis. Die ELDR begrüßte ausdrücklich die Aufnahme Rumäniens und Bulgariens auf ihren Kongress, der vom 12.-13. Oktober 2006 in Bukarest stattfand. Die bei der Veranstaltung gemäß dem Motto „Working together for a secure and free Europe“ verabschiedeten Resolutionen beschäftigten sich vornehmlich mit den Themenkomplexen der gemeinsamen Energiepolitik, Sicherheitspolitik sowie Umweltpolitik.⁹

Europäische Grüne Partei/Europäische Föderation Grüner Parteien – EGP

Nach der Neugründung der Grünen als Partei im Jahre 2004 fand im Oktober 2006 der zweite Kongress der EGP statt. Mehr als 600 Grüne aus 35 Mitgliedsparteien aus 31 Ländern kamen am 13.-14. Oktober 2006 in Genf zusammen und formulierten eine „Green roadmap for Europe“. Die beiden Co-Sprecher der EGP, Philippe Lambert (Ecolo, Belgien) und Ulrike Lunacek (Grüne, Österreich) stellten in ihren Redebeiträgen fest, dass die Prioritäten grüner Politik die politische Agenda in Europa bestimmen. Deshalb formulierten die Europäischen Grünen eine Art „grünen politischen Leitfaden“, der die nationalen Regierungen in die Lage versetzen sollte, nachhaltige Umwelt-, Energie- und Sozialpolitik umzusetzen.¹⁰ Der Kongress fand in einer für die Grünen unerfreulichen Situation statt, da Ende 2006 die Grünen nur noch an einer Regierung beteiligt waren. Mitte 2007 allerdings regieren Mitgliedsparteien der EGP in fünf Ländern mit: Finnland, Italien, Irland, Litauen und Tschechien.

Die Europäische Freie Allianz feierte am 10. Mai 2006 ihr 25-jähriges Bestehen. Langjährige Präsidentin ist Nelly Maes (Spirit, Belgien). Die EFA vertritt den demokratischen Nationalismus ethnischer und regionaler Parteien aus 13 europäischen Mitgliedstaaten (33 Mitgliedsparteien, fünf EP-Abgeordnete).¹¹ Die EDP versteht sich als europäische Zentrumsparterie, die für die europäische Integration kämpft. Sie umfasst sechs liberale Parteien und stellt 25 EP-Abgeordnete der ALDE-Fraktion. Die AEN ist als euroskeptisch einzuschätzen und vereint 17 Mitgliedsparteien, die dem populistischen und nationalistischen politischen Lager anzurechnen sind. Die 30 EP-Abgeordneten der AEN sind Teil der UEN-Fraktion. Die EL ist Teil der GUE/NGL-Fraktion (41 Abgeordnete) und besteht aus 17 kommunistischen und sozialistischen Mitgliedsparteien und neun Beobachterparteien. Die vormalig euroskeptischen EU-Dem haben im letzten Jahr einen ideologischen Schwenk vollzogen und präsentieren sich nun als ein Netzwerk für internationale Zusammenarbeit, das mit Parteien und politischen Bewegungen aus dem Mitte-Links und Mitte-Rechts-Spektrum kooperiert. Die ADI repräsentiert dagegen eher rechts gerichtete Parteien aus sieben Mitgliedstaaten.

Fazit und Ausblick

Die mit der Statutenregelung verknüpfte Hoffnung, den europäischen Parteizusammenschlüssen durch eine Finanzierungsgrundlage mehr Handlungsspielraum und Gestaltungskraft zu schaffen, der dann zu einer stärkeren öffentlichen Wahrnehmung führen wird, erwies sich als trügerisch. Immerhin kann mit den Mitteln aus dem EU-Haushalt ein kleiner hauptamtlicher Apparat finanziert werden, der nun nicht mehr an die Fraktionen des EP

9 Siehe <http://www.eldr.org/>.

10 Vgl. Resolution „A Green Future for Europe“, <http://www.europeangreens.org/>.

11 <http://www.e-f-a.org/>.

gebunden ist. Und dennoch sind „die Fraktionen des Europäischen Parlaments (...) bis heute die dominierende Kraft in den europäischen Parteifamilien und -organisationen.“¹² Allerdings kann ein intensive Aufnahmepolitik beobachtet werden, bei dem vor allem die traditionellen Parteiföderationen neue Mitgliedsparteien auch aus Nicht-EU-Ländern an sich binden und somit über die EU-Grenzen hinaus ihren politischen Einfluss erweitern.

Weiterhin schwach ausgebildet ist jedoch die gesellschaftliche Verankerung der politischen Debatte zu europäischen Themen, die aus dem Wechselspiel zwischen Institutionen, Parteien und Medienöffentlichkeit entstehen muss. Im Gegensatz zur nationalen Ebene bestehen die Europäischen Parteien nicht aus individuellen Mitgliedern und somit sind sie kaum in der Lage, die Entscheidungen der europäischen Ebene und die Meinungen der Bürger zu vernetzen.¹³ Es besteht die Möglichkeit der individuellen Mitgliedschaft (siehe Satzungen EVP, SPE, ELDR, EGP), allerdings wird das wenig genutzt und die Kommunikation über europäische Politik wird durch die nationalen Strukturen der Mitgliedsparteien übernommen.

Einen interessanten Vorstoß in Richtung bürgernahe Europäisierung der EU-Parteienlandschaft wagt das transeuropäische Vereinsnetzwerk „Newropeans“. Neben zahlreichen Initiativen und Projekten in den vergangenen 20 Jahren zur „Demokratisierung der EU“ wurde im Juni 2005 unter der Führung von Franck Biancheri¹⁴ die politische Bewegung Newropeans gegründet, die als erste transeuropäische politische Bewegung nicht auf national organisierten Mitgliedsparteien basiert und bei den Europawahlen 2009 in allen EU-Ländern Kandidaten aufstellen will.¹⁵ Wenn diesem politischen Netzwerk der Einzug in das EP gelingt, wäre das nicht nur ein Überraschungserfolg, sondern auch ein Signal an die etablierten Parteien, beispielsweise die Reformen in Richtung einheitlicher europäischer Listen ernsthaft anzupacken.

Letztlich bleiben künftige Bemühungen der Europäischen Parteien beim Aufbau eigener, gemeinschaftlicher transnationaler Strukturen mit der weiteren Integrationsentwicklung verbunden.¹⁶ Dem Bericht des EP vom März 2006¹⁷ sind konkrete Reformvorschläge zu entnehmen, wie die politische Rolle der Europäischen Parteien gestärkt werden könnte. Allerdings hat die Kommission die Anregungen des EP nicht aufgegriffen und es liegt bis dato kein Entwurf für ein reformiertes europäisches Parteienstatut vor, der die Voraussetzung für eine Weiterentwicklung der Europäischen Parteien regelt.

Weiterführende Literatur

Huber, Till: *Makler der Demokratie. Das Potenzial europäischer Parteien am Beispiel der Sozialdemokratischen Partei Europas*, Baden-Baden 2007. (Münchner Beiträge zur europäischen Einigung, Band 19).

Mittag, Jürgen (Hrsg.): *Politische Parteien und europäische Integration. Entwicklung und Perspektiven transnationaler Parteienkooperation in Europa*, Essen 2006.

Poguntke, Thomas/Christine Pütz: *Parteien in der Europäischen Union. Zu den Entwicklungschancen der Europarteien*, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, 2006, Nr. 2, S. 334-352.

12 Schäfer, Axel: *Transnationale Parteienkooperation – eine Herausforderung der Politik*, in: Mittag, Jürgen (Hrsg.): *Politische Parteien und europäische Integration*, Essen 2006, S. 695-697, hier S. 695.

13 Vgl. Leinen, Jo: *Europäische Parteien: Aufbruch in eine neue demokratische EU*, in: *integration*, 3/2006, S. 229-235, hier S. 231.

14 Mitte der 1980er Jahre hat Biancheri die europäische Studentenvereinigung AEGEE und das Erasmus-Austauschprogramm mit ins Leben gerufen. Vgl. Manuela Honsig-Erlenburg, in: *Der Standard*, 14.07.2006, <http://www.derstandard.at/>.

15 Vgl. <http://www.newropeans.eu/>.

16 Jansen, Thomas/Justus Schönlaui: *Der Parteienartikel als Impulsgeber? Die Entwicklung der Rechtsgrundlagen für die Europäischen Politischen Parteien*, in: Mittag, Jürgen (Hrsg.): *Politische Parteien und europäische Integration*, Essen 2006, S. 515-534, hier S. 532.

17 *Entschließung des Europäischen Parlaments zu Europäischen Politischen Parteien (2005/2224 (INI)) vom 23.03.2006.*